

Investitionen in den Sozialstaat, die jetzt getätigt werden, legen ein Fundament für die Zukunft. Der strukturelle und demografische Wandel macht es notwendig, dass ein Fokus auf Zukunftsbranchen liegt. Neben Green Jobs sind hier besonders Pflege- und Gesundheitsberufe sowie die Elementarpädagogik im Fokus.

Der Arbeitsmarkt aktuell sieht düster aus: Am Höhepunkt der Krise waren 1,3 Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit, aktuell sind es mit ca. 465.000 noch immer fast 10% aller ArbeitnehmerInnen. Es ist zudem absehbar, dass Kurzarbeit auch weit in das aktuelle Jahr hinein unverzichtbar bleiben wird. Dazu kommen über eine halbe Million Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist durch die Corona-Krise besonders stark angestiegen. „Gegen das Coronavirus gibt es bereits Impfungen. Gegen die hohe Arbeitslosigkeit hingegen wird es keine Impfung geben, daher brauchen wir dringend eine andere Therapie!“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl.

Eine Qualifizierungsoffensive, um die Chancen der ArbeitnehmerInnen im stattfindenden Strukturwandel zu erhöhen, ist ebenso notwendig wie mehr Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen. Ganz besonderes Augenmerk muss dabei auf junge Menschen und Frauen gerichtet werden. Ausbildungen alleine reichen jedoch nicht, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Anderl regt ein gemeinsames Projekt von Regierung und Sozialpartnern an: „Konkret denken wir an eine große Arbeitsmarktoffensive zur Überwindung der Corona-Krise und eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie zur Bewältigung des Strukturwandels. Die öffentliche Hand spielt hier eine wesentliche Rolle.“

Junge Menschen sind unter anderem deshalb so stark von Arbeitslosigkeit betroffen, weil sie oft jene sind, die zuletzt kamen und deshalb als erste gekündigt wurden. Derzeit sind fast 36.000 Menschen zwischen 20 und 24 Jahren als arbeitslos beim AMS gemeldet. Viele von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Für sie braucht es die **Möglichkeit, Ausbildungen bzw. Ausbildungsabschlüsse nachzuholen sowie mehr Plätze in der überbetrieblichen Ausbildung.**

Ein weiteres Instrument zur Entlastung des Arbeitsmarkts bei gleichzeitiger Abdeckung bestehender Bedarfe bietet die im AK-Modell „Chance 45“ vorgeschlagene **Schaffung geförderter Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in öffentlichen Dienstleistungen im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich.** Damit könnte für bis zu 45.000 langzeitarbeitslose Personen im Alter ab 45 eine sehr sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen werden, z.B. in Gemeinden unter Einbindung der lokalen Bevölkerung in die Bedarfserhebung.

Mehr öffentliche Investitionen im Bereich Bildung und Kinderbetreuung sind notwendig, um Eltern zu entlasten, neue Stellen und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen und die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Zudem braucht es mehr finanzielle Unterstützung für Arbeitssuchende, die einen neuen Beruf suchen müssen und eine neue Ausbildung starten. Auch im Bereich **Pflege muss das öffentliche Angebot ausgebaut werden.** Das AK-Pflegepaket enthält eine Reihe von Sofortmaßnahmen zum Ausbau von mobilen Diensten sowie zur Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze in der Langzeitpflege.

Die Maßnahmen im Detail:

+ Öffentliche Verwaltung und Jobs

Zusätzliche Stellen für AMS

Seit langem fordern AK und Gewerkschaften die Aufstockung des AMS-Personals. Dass dem Betriebsrat im AMS angesichts der Überarbeitung der Belegschaft jetzt die Geduld reißt, sei mehr als verständlich. Der AMS-Vorstand selbst sagt, dass 650 Planstellen fehlen. Lediglich 250 davon wurden von der Regierung zugesagt – befristet bis 2023.

Behörden leistungsfähiger machen

Auch in anderen Verwaltungsstrukturen fehlt Personal, ganz besonders augenscheinlich wird dies angesichts der Corona-Pandemie in den Gesundheitsbehörden. Großen Bedarf gibt es aber auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise im Schulbereich oder der Justiz.

Dazu kommt, dass in der öffentlichen Verwaltung eine große Pensionierungswelle kommt – dies könnte zum Anlass genommen werden, schon jetzt die Weichen zu stellen, dass ausreichend Nachwuchs vorhanden ist und eine Anstellungsoffensive zu starten.

Gerade für Frauen ist der öffentliche Dienst ein wichtiger Arbeitgeber, der stabile Erwerbskarrieren in qualifizierten Tätigkeiten mit fairem Einkommen anbietet. Daher ist es auch aus der Perspektive der Gleichstellung wichtig, einen starken öffentlichen Sektor zu erhalten.

+ Unter 30, über 45 – kein Job

Junge Menschen sind unter anderem deshalb so stark von Arbeitslosigkeit betroffen, weil sie oft jene sind, die zuletzt kamen und deshalb als erste gekündigt wurden. Derzeit sind fast 36.000 Menschen zwischen 20- und 24 Jahren als arbeitslos beim AMS gemeldet. Viele von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Für sie braucht es die Möglichkeit, Ausbildungen bzw. Ausbildungsabschlüsse nachzuholen oder sich beruflich umzuorientieren in einen zukunftssträchtigeren Beruf.

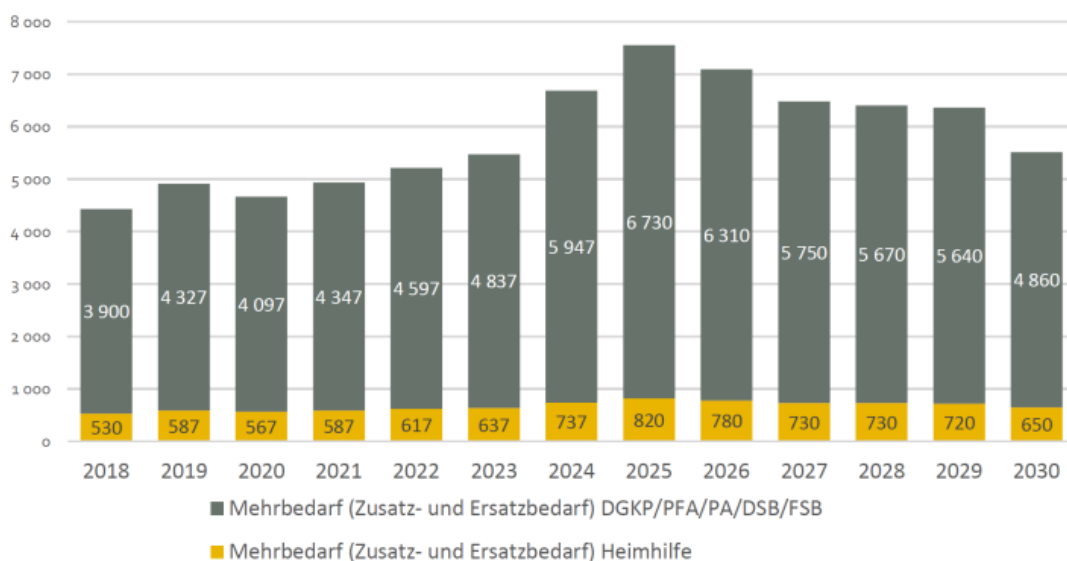
Eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit muss verhindert werden, dafür braucht es eine Jobgarantie für Menschen die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Die AK hat ein eigenes Modell entwickelt, die Chance45. Für Menschen die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben – etwa ältere Langzeitarbeitslose – sollen über 40.000 Jobs geschaffen werden. Menschen in den Gemeinden und Bezirken sollen bei der Wahl der Jobs einbezogen werden.

45.000 neue Jobs würden 315 Millionen Euro kosten, berücksichtigt man die Kosten, die ansonsten für Arbeitslosigkeit anfallen sowie die Rückflüsse über Sozialversicherungs-Beiträge und Steuernahmen. Derzeit geben wir Geld aus für Menschen, die in der Arbeitslosigkeit gefangen sind und eigentlich gern was tun würden. Vorbild ist hier die leider wieder eingestellte Aktion 20.000.

+ Pflege und Gesundheitsberufe

Alein um den derzeitigen Status Quo in der Pflege und Betreuung aufrecht zu halten, müssen bis 2030 rund 76.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Die Corona-Krise hat aber gezeigt, dass das Gesundheitssystem noch einen massiven Ausbau der Gesundheitsberufe notwendig hat.

Abbildung 20: Schätzung des jährlich zu deckenden Mehrbedarfs nach Berufsgruppen auf Basis des Alternativszenarios



Quelle: GÖG

Das AK Pflegepaket bringt rund 39.000 neue Jobs durch Verbesserung und Ausweitung der Langzeitpflege: 20% Mehr Personal in den Pflegeheimen, Ausbau Betreuung & Pflege zu Hause, Psychosoziale Angehörigenberatung, die Abschaffung Selbstbehalte und qualitative Verbesserung mobile Dienste, Verringerung Lohngap zu Akutbereich schaffen auch bessere Arbeitsbedingungen.

+20% Personal in Pflegeheimen:	9.113 Personen
AB (10 Mio h):	14.870 Personen
Psychosozialer Bereich:	300 Personen
Ausbau mobiler Dienste:	5.400 Personen
Mehr Zeit mobile Dienste:	5.000 Personen
AZ-Modelle mobile Dienste:	4.320 Personen

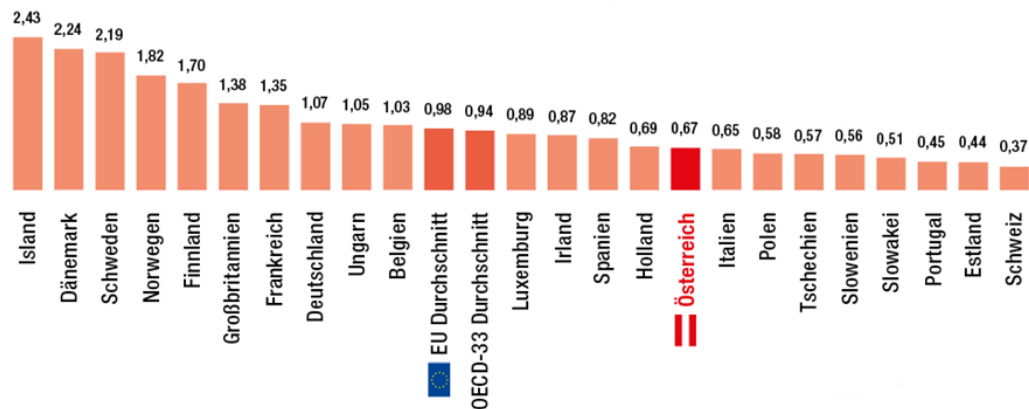
Dieses Paket zeigt ein Potenzial für rund 39.000 zusätzliche Stellen von der Heimhilfe bis zur diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege auf. Die Kosten der Ausbildung tragen sich mittelfristig selbst). Darüber hinaus muss der Personalmangel in den Pflege- und Gesundheitsberufen reduziert werden, denn dieser ist die Hauptursache, dass Pflegekräfte nicht in ihrem Beruf bleiben.

Ein wesentlicher Teil der Kosten fließt wieder in die öffentliche Hand zurück!

+ Ausbau der Kinderbetreuung

Die bisherigen Bundesmittel zum Ausbau der Kinderbetreuung waren wichtig, sind aber nicht ausreichend. Österreich liegt im internationalen Vergleich weit zurück. Derzeit werden hierzulande nur 0,67 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Zukunftsbereich der Kinderbildung eingesetzt. Auch die befragten Eltern sehen das so: 74 Prozent fanden die Forderung nach mehr Mittel von der öffentlichen Hand wichtig oder sehr wichtig.

AK Präsidentin Renate Anderl: „Das ist ein klarer Auftrag an die Politik! Wir müssen hier aufschließen, wenn wir nicht wollen, dass unsere Kinder dauerhaft abgehängt werden. Deswegen fordern wir eine Anhebung der Mittel auf den europäischen Schnitt. Das bedeutet über 1,2 Milliarden jährlich mehr, die hier für eine Verbesserung der Kinderbildung zur Verfügung stehen.“



Ausgaben für Kinderbetreuung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach OECD-Berechnung

Damit schafft man 28.000 neue Plätze für Kleinkinder, ein zweites kostenloses Kindergartenjahr für alle, eine zusätzliche pädagogische Fachkraft in allen Gruppen und zusätzlich können für 57.000 Plätze die Öffnungszeiten in Kindergärten verbessert werden. Das ermöglicht:

- **Unter-3-Jährige:** 40 % Betreuungsquote in Österreich (dzt. 30%)
- **Umfassende Öffnungszeiten:** 70% der Kindergartenplätze mit VIF-Faktor (dzt. 47 %)
- **Qualitätsschub:** Für alle Gruppen vormittags eine zusätzliche pädagogische Fachkraft
- **2. kostenlosen Kindergartenjahr für alle**

Zusätzlich zu 24.000 neue Arbeitsplätze in der Kinderbildung profitieren 15.000 - 26.000 Eltern, die wieder arbeiten gehen können. Gesamt finden so bis zu 50.000 Menschen Arbeit.

Zwei Drittel der Kosten für Ausbau und Beschäftigung würden in Form von Steuern und Abgaben sowie durch Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung wieder an die öffentliche Hand zurückfließen. Es besteht damit ein Netto-Finanzierungsbedarf von 400 Millionen Euro. Dabei sind bessere Vereinbarkeit und Langzeiteffekte durch mehr Chancengerechtigkeit, bessere Bildung und bessere Einkommen noch gar nicht eingerechnet.